**Berufsbildungvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz (BVaDiG):
Aufgabenwahrnehmung durch die IHK für München und Oberbayern**

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken Bayreuth hat in Ihrer Sitzung am 25.11.2024, gemäß § 4 Absatz 2 Satz 1 IHKG in Verbindung mit §§ 71 Absatz 9 und 75b des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Mai 2020 (BGBl. I S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 246) Folgendes beschlossen:

Die IHK-Vollversammlung beschließt auf Empfehlung des IHK-Hauptausschusses, dass die ab 1. Januar 2025 zugewiesene Aufgabe der Feststellung und Bescheinigung der individuellen beruflichen Handlungsfähigkeit am Maßstab eines anerkannten Ausbildungsberufs nach §§ 1 Absatz 6, 50b ff. des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) entsprechend dem als Anlage beigefügten Aufgabenwahrnehmungsvertrag durch die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern für die IHK für Oberfranken Bayreuth wahrgenommen wird.

Bayreuth, 25.11.2024

Industrie- und Handelskammer für Oberfranken Bayreuth

gez. Dr. Michael Waasner
Präsident

gez. Wolfram Brehm
Hauptgeschäftsführer

Vorstehenden Beschluss sowie den als Anlage beigefügten Vertrag zur Aufgabenwahrnehmung durch die IHK für München und Oberbayern zum Berufsbildungvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz (BVaDiG) hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (Az:36-4600/2279/2 vom 04.12.2025) rechtsaufsichtlich genehmigt.

Er wird hiermit ausgefertigt und mit o. g. Anlage ordnungsgemäß veröffentlicht.

Bayreuth, 11.12.2024

Industrie- und Handelskammer für Oberfranken Bayreuth

gez. Dr. Michael Waasner
Präsident

gez. Wolfram Brehm
Hauptgeschäftsführer

Anlage

Aufgabenwahrnehmungsvertrag

Öffentlich-rechtlicher Vertrag nach §§ 71 Absatz 9, 75b des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) zur Aufgabenwahrnehmung „Feststellung und Bescheinigung der individuellen beruflichen Handlungsfähigkeit am Maßstab eines anerkannten Ausbildungsberufs nach §§ 1 Absatz 6, 50b ff., 71 Absatz 2, 75b, 88 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 BBiG“ in der jeweils geltenden Fassung, derzeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Mai 2020 (BGBl. I. S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 246)

zwischen

der **Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg**, gesetzlich vertreten durch die Präsidentin Frau Dr. Heike Wenzel und den Hauptgeschäftsführer Herrn Dr. Andreas Freundt

der **Industrie- und Handelskammer für Oberfranken Bayreuth**, gesetzlich vertreten durch den Präsidenten Herrn Dr. Michael Waasner und den Hauptgeschäftsführer Herrn Wolfram Brehm

der **Industrie und Handelskammer zu Coburg**, gesetzlich vertreten durch den Präsidenten Herrn Dr. Andreas Engel und den Hauptgeschäftsführer Siegmar Schnabel

der **Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken**, gesetzlich vertreten durch den Präsidenten Herrn Dr. Armin Zitzmann und den Hauptgeschäftsführer Herrn Markus Löttsch

der **Industrie- und Handelskammer für Niederbayern in Passau**, gesetzlich vertreten durch den Präsidenten Herrn Thomas Leebmann und den Hauptgeschäftsführer Herrn Alexander Schreiner

der **Industrie- und Handelskammer Regensburg für Oberpfalz / Kelheim**, gesetzlich vertreten durch den Präsidenten Herrn Michael Matt und den Hauptgeschäftsführer Herrn Dr. Jürgen Helmes

der **Industrie- und Handelskammer Schwaben**, gesetzlich vertreten durch den Präsidenten Herrn Reinhold Braun und den Hauptgeschäftsführer Herrn Dr. Marc Lucassen

der **IHK Würzburg-Schweinfurt**, gesetzlich vertreten durch die Präsidentin Frau Caroline Trips und den Hauptgeschäftsführer Herrn Dr. Sascha Genders

– im Folgenden „abgebende IHK“ bzw. „abgebende IHKs“ genannt –

und

der **Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern**, gesetzlich vertreten durch den Präsidenten Herrn Professor Klaus Josef Lutz und den Hauptgeschäftsführer Herrn Dr. Manfred Gößl

– im Folgenden „IHK München“ genannt –

Präambel

Durch das Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz vom 19. Juli 2024 (vgl. BGBl. 2024 I. Nr. 246) wird den Industrie- und Handelskammern ab dem 1. Januar 2025 die Aufgabe der Feststellung und Bescheinigung der individuellen beruflichen Handlungsfähigkeit am Maßstab eines anerkannten Ausbildungsberufs in einem Feststellungs- oder Ergänzungsverfahren (Validierung/Validierungsverfahren) im Bereich der nichthandwerklichen Gewerbeberufe (§§ 71 Absatz 2, 75b BBiG) zugewiesen. Eine Konkretisierung der Regelungen erfolgt durch eine Verordnung, die auf Grundlage von § 50e BBiG erlassen wird.

Neben der Validierung nach §§ 1 Absatz 6, 50b ff., 71 Absatz 2, 75b BBiG gehören auch statistische Erhebungen nach § 88 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 BBiG zu den gesetzlich festgelegten Pflichten.

Da in den bestehenden gesetzlichen Regelungen keine Zuweisung dieser Aufgabe an eine bestimmte Industrie- und Handelskammer erfolgt, sind demnach alle bayerischen Industrie- und Handelskammern in ihrem jeweiligen örtlichen Zuständigkeitsbereich für die Validierung originär zuständig.

Gemäß § 71 Absatz 9 Satz 1 BBiG können zuständige Stellen jedoch vereinbaren, dass die Ihnen jeweils durch Gesetz zugewiesenen Aufgaben im Bereich der Berufsbildung durch eine von ihnen für die Beteiligten wahrgenommen werden. Dabei stellt § 75b BBiG ausdrücklich klar, dass diese Möglichkeit bei der Feststellung der individuellen beruflichen Handlungsfähigkeit am Maßstab eines anerkannten Ausbildungsberufs nach § 1 Absatz 6 BBiG entsprechend gilt.

Die Beteiligten möchten von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und vereinbaren, dass die Aufgabenwahrnehmung durch die IHK München erfolgen wird.

Die positiven Erfahrungen mit einer bayerischen Verbundlösung bei Gewerbeerlaubnissen nach §§ 34d ff. der Gewerbeordnung (GewO) haben gezeigt, dass es einerseits zur einheitlichen und effizienten Aufgabenerledigung sinnvoll ist, die Aufgabe der ausstellenden Behörde (Verwaltungsverfahren) zu zentralisieren; andererseits können so auch erhebliche Digitalisierungs- und Personalvorhaltekosten eingespart werden.

Die Vertragsparteien verfolgen das gemeinsame Ziel, die Validierung möglichst effizient und ressourcenschonend zu gestalten und gleichzeitig eine Verwaltungsvereinfachung zu erzielen. Die Parteien sind sich darüber einig, dass die Validierung schlank und unbürokratisch sowie gleichzeitig valide, einheitlich und qualitätsgesichert organisiert werden soll. Die Belastung des Ehrenamts ist zu minimieren, dessen Einsatz möglichst zielgerichtet und effektiv zu gestalten.

Die abgebenden IHKs erklären, die IHK München insbesondere bei Vor-Ort-Validierungen im Kammerbezirk der jeweiligen abgebenden IHK in kooperativer Vertraulichkeit zu unterstützen, insbesondere durch berufene (weitere) Prüfende der abgebenden IHKs in den Bezirken der abgebenden IHKs.

Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass wegen des Verweises von § 75b BBiG auf § 71 Absatz 9 BBiG eine Aufgabenwahrnehmung vom Gesetzgeber ausdrücklich ermöglicht werden sollte und die Bestimmungen der §§ 50b ff. BBiG (insbesondere § 50c Absatz 1 Satz 1 BBiG) in diesem Sinne auszulegen sind.

Die IHK München verfügt durch ihre langjährige Erfahrung in den Projekten ValiKom und ValiKom Transfer über umfassendes Know-how in der Validierung beruflicher Qualifikationen. Zudem wird aufgrund der voraussichtlich geringen Fallzahlen (120 bis 200 Vorgänge jährlich) eine zentrale Bündelung der Ressourcen und Expertise als sinnvoll erachtet.

Die bayerischen Hauptgeschäftsführer hatten sich in der BIHK-HGF-Sitzung vom 30. April 2024 für dieses Vorgehen ausgesprochen.

Auf Grundlage der vorstehenden Überlegungen schließen die bayerischen IHKs folgenden öffentlich-rechtlichen

Vertrag

§ 1 Aufgabenwahrnehmung

- (1) ¹Die abgebenden IHKs übertragen die Aufgabenwahrnehmung der Feststellung und Bescheinigung der individuellen beruflichen Handlungsfähigkeit am Maßstab eines anerkannten Ausbildungsberufs auf die IHK München. ²Die Aufgabenwahrnehmung umfasst alle im Zusammenhang mit den vorgenannten Aufgaben nach §§ 1 Absatz 6, 50b ff., 71 Absatz 2, 75b, BBiG stehenden Rechte und Pflichten in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere auch die Verfahrensausgestaltungs- und Regelungskompetenz nach § 50c Absatz 4 BBiG. ³Zu den wahrzunehmenden Aufgaben gehören ferner statistische Erhebungen nach § 88 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 BBiG.
- (2) Die IHK München erledigt die ihr nach diesem Vertrag übertragenen Aufgaben nach Maßgabe der jeweils gültigen Fassung der für die Validierung geltenden Vorschriften sowie der Bestimmungen einer auf Grundlage von § 50e BBiG zu erlassenden Verordnung.
- (3) Die Aufgabenwahrnehmung durch die IHK München soll auch dann erfolgen, wenn die nach § 50e BBiG zu erlassende Verordnung erst nach Vertragsabschluss in Kraft treten sollte.

- (4) Die in §§ 2 und 4 genannten Aufgaben/Mitwirkungspflichten der abgebenden IHKs bleiben von dieser Aufgabenwahrnehmung durch die IHK München unberührt.

§ 2 Mitwirkung der abgebenden IHKs

Die abgebenden IHKs wirken bei der Erledigung der Aufgaben nach § 1 insbesondere wie folgt mit:

1. ¹Ausführliche Erstberatung von Unternehmen, Interessierten und Dritten zu allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Validierungsverfahren (insbesondere zum Referenzberuf, Unterschiede Externenzulassung und -prüfungsverfahren, ggf. Teilqualifizierungen, Anerkennungsverfahren nach dem Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen (BQFG) und dem Bayerischen Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen (BayBQFG), Zulassungsvoraussetzungen zu Fortbildungsprüfungen, Zulassungsvoraussetzungen und Verfahren der Validierung, Antragstellung, Ziele der Validierung (vollständige, überwiegende, in Fällen von § 50d BBiG teilweise Vergleichbarkeit), mögliche Kosten, ggf. Fördermöglichkeiten). ²Ziel soll eine individuelle Entscheidungsgrundlage für die geeignetste der vorgenannten Optionen sein.
2. ¹Information der jeweils abgebenden IHK auf der Homepage an geeigneter Stelle über die Aufgabenwahrnehmung durch die IHK München. ²Die IHK München stellt Mustertexte sowie Merkblätter zur Verfügung. ³Ziel ist es, dass auf den Internetseiten der abgebenden IHKs die identischen Informationen wie auf der Homepage der IHK München zur Verfügung stehen.
3. Hinweis auf die IHK München als zentrale Stelle für alle mit dem Validierungsverfahren zusammenhängenden Verwaltungsprozesse.
4. Zurverfügungstellen von Antragsunterlagen der IHK München bzw. Information zur ggf. digitalen Antragstellung (in Abstimmung mit der IHK München).
5. ¹Unverzögliches Weiterleiten von Unterlagen (z. B. Anträgen), die bei den abgebenden IHKs eingehen, an die IHK München. ²Gleiches gilt, wenn Tatsachen bekannt werden, die der Feststellung und Bescheinigung entgegenstehen könnten.
6. In Fällen einer Vor-Ort-Validierung im Bezirk der abgebenden IHK: Unterstützung der IHK München bei der Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten sowie bei der Organisation der notwendigen technischen und logistischen Voraussetzungen sowie beim Benennen der in § 4 genannten Personen.

7. ¹Die abgebenden IHKs teilen der IHK München verbindlich eine aktuelle Ansprechperson für Rückfragen und organisatorische Belange mit. ²Diese Mitteilungen sind kein Bestandteil des vorliegenden Vertrages.
8. Unterstützung von Evaluationsprozessen durch Sammeln und Zuliefern geeigneter Daten im Zusammenhang mit der Validierung auf Anforderung der IHK München.

§ 3 Aufgabenwahrnehmung durch die IHK München

- (1) Die IHK München stellt im Rahmen ihres Einflussbereichs sicher, dass sie ab 1. Januar 2025 die in § 1 bezeichneten Aufgaben wahrnehmen kann.
- (2) ¹Hierzu gehören insbesondere folgende Tätigkeiten:
 1. Durchführen von Zulassungsverfahren nach § 50b BBiG (auch in Verbindung mit § 50d BBiG).
 2. ¹Organisation und Planen der Feststellungs- und Ergänzungsverfahren nach § 50c BBiG (auch in Verbindung mit § 50d BBiG), mit ggf. verpflichtendem Vorgespräch. ²Sofern es aus Sicht der IHK München zweckdienlich ist, insbesondere im Hinblick auf den Referenzberuf, kann der Antrag nach pflichtgemäßem Ermessen der IHK München auch an andere zuständige Stellen (außerhalb des Kreises der abgebenden IHKs) abgegeben werden.
 3. ¹Bestimmen von Feststellungstandems aus dem Kreis der in § 50c Absatz 1 Satz 1 BBiG genannten Personen (Feststellende/Beisitzende sowie ggf. Stellvertreter und -vertreterinnen) und Einholen der notwendigen Erklärungen (z. B. Erklärungen zur Verschwiegenheit und zum Selbstverständnis). ²Dies gilt auch dann, wenn eine geeignete Person im Sinne vom Satz 1 von einer anderen zuständigen Stelle nach §§ 2 und 4 des Vertrages hinzugezogen wurde.
 4. Vorsehen des Einsatzes von Personen im Sinne von § 50c Absatz 1 Satz 7 BBiG.
 5. Ausstellen von Zeugnissen (vollständige Vergleichbarkeit) und Bescheinigungen (überwiegende bzw. teilweise Vergleichbarkeit), Zweitschriften und sonstigen Verwaltungsakten (z. B. Ablehnung von Anträgen, Gebühren- und Zulassungsbescheide, Widerspruchsbescheide, sofern ein Widerspruchsverfahren nach Landesrecht statthaft ist.).
 6. Vollstrecken von Gebührenbescheiden im Zusammenhang mit der Validierung.
 7. Vertreten von verwaltungsgerichtlichen Streitfällen im Zusammenhang mit der Validierung.

8. Erstellen von Validierungsunterlagen (z. B. Anträge, Merkblätter, weitere Formulare), ggf. in digitaler Form.
9. Aufbewahren der Validierungsdokumentation entsprechend den vorgegebenen Aufbewahrungsfristen.
10. Schaffen der notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung der Validierungsaufgabe (z. B. Entschädigungssatzung für Feststellende und Beisitzende, Gebührentatbestände).
11. ¹Erheben von Statistiken und Melden dieses Datenkranzes nach § 88 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 BBiG. ²Die Statistiken werden auch den abgebenden IHKs für ihren Kammerbezirk zur Verfügung gestellt.
12. ¹Schulung von Feststellenden/Beisitzenden, deren Stellvertreter- und Stellvertreterinnen und IHK-Mitarbeitenden (auch in Fällen des § 50c Absatz 1 Satz 7 BBiG), in Präsenz oder virtuell oder hybrid. ²Die IHK München legt den Bedarf, die Zahl der zu schulenden Personen, das Format und die Häufigkeit der Schulungen fest.
13. ¹Entschädigung von Feststellenden und Beisitzenden sowie deren Stellvertreter- und Stellvertreterinnen nach festgelegten Vorgaben. ²Dies gilt auch dann, wenn eine der vorgenannten Personen von einer abgebenden IHK berufen und von der IHK München für das Validierungsverfahren hinzugezogen wurde.
14. Erstellen von Informationen für geeignete Werbemaßnahmen zur Validierung (z. B. Ankündigungen im Newsletter, Flyer etc.).
15. Vertiefte Beratung von Unternehmen, Interessierten und Dritten zu spezifischen Fragen der Validierung (Einzelheiten des Referenzberufs, voraussichtlich anfallende Kosten des Verfahrens)
16. ¹Mitwirkung bei der bundeseinheitlichen Festlegung von Feststellungsinstrumenten, ggf. mit Verwaltungsvereinbarungen, entsprechend den Vorgaben der Verordnung nach § 50e BBiG (sofern durch die Verordnung vorgesehen). ²Sollte trotz der Aufgabenwahrnehmung durch die IHK München eine Mitwirkung der übertragenden IHKs notwendig sein, wird die IHK München dazu bevollmächtigt, die Festlegung der Feststellungsinstrumente sowie die Verwaltungsvereinbarung auch im Namen der abgebenden IHKs zu treffen.
17. Bei Vor-Ort-Validierungen, sofern eine Unterstützung der abgebenden IHK notwendig ist: rechtzeitige Information an die abgebende IHK.

²Geeignete Aufgaben im nichtthoheitlichen Bereich (z. B. Schulungen) können auch durch externe Dienstleister erledigt werden. ³Dabei sind die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen durch die IHK München einzuhalten.

§ 4

Vor-Ort-Validierungen bei den abgebenden IHKs, Umgang mit Feststellenden und Beisitzenden

(1) Die Durchführung der Validierung erfolgt in der Regel im Bezirk der IHK München.

(2) ¹Eine Vor-Ort-Validierung außerhalb des Bezirks der IHK München erfolgt nur dann, wenn dies aufgrund der Natur des konkreten Verfahrens oder der Anforderungen an die Validierung zwingend erforderlich ist.

²Gründe für eine Vor-Ort-Validierung können unter anderem sein:

1. Das Vorhandensein spezifischer technischer oder räumlicher Anforderungen, die nur in den Räumlichkeiten der abgebenden IHK oder in speziellen Einrichtungen (z. B. Werkstätten, Bildungsträger, Schulungsküchen, Unternehmen) erfüllt werden können.
2. Der Wunsch der antragstellenden Person, die Validierung an einem bestimmten Ort durchzuführen, sofern dieser Ort für das Verfahren geeignet und die Durchführung dort organisatorisch und wirtschaftlich vertretbar ist.

³Aus dem vorliegenden Vertrag ergibt sich kein subjektives Recht einer antragstellenden Person auf Durchlaufen einer Validierung an einem bestimmten Ort.

(3) ¹Die IHK München setzt im Rahmen von Vor-Ort-Validierungen primär Personen ein, die sie selbst als (weitere) Prüfende nach § 40 Absatz 3 und 4 BBiG berufen hat oder die von der jeweiligen abgebenden IHK als (weitere) Prüfende berufen wurden. ²Die IHK München kann ferner alternativ geeignete Personen im Sinne von § 50c Absatz 1 Satz 1 BBiG der abgebenden IHKs auch als Prüfende der IHK München berufen, um diese in einem Feststellungstandem einzusetzen.³Erfolgt die Berufung dieser Personen allein zum Zweck des Einsatzes in einem Feststellungstandem, werden diese nur im Kammerbezirk der abgebenden IHK eingesetzt. ⁴Die abgebende IHK benennt in den vorgenannten Fällen auf Anforderung geeignete Personen.

(4) Die abgebende IHK unterstützt Validierungen auf Anforderung der IHK München ausschließlich in ihrem Kammerbezirk. Auf Anfrage der IHK München und im Einvernehmen mit der abgebenden IHK erfolgt dies auch in Fällen des § 50c Absatz 1 Satz 7 BBiG.

(5) ¹Sofern eine Vor-Ort-Validierung in den Räumen der abgebenden IHK stattfindet, sorgt diese für eine Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur sowie die technische

Ausstattung der Räume. ²Sofern die Vor-Ort-Validierung in einem Betrieb im Kammerbezirk der abgebenden IHK stattfindet, werden die Anforderungen im Vorfeld zwischen der abgebenden IHK und der IHK München abgestimmt. ³Verträge zur Durchführung von Vor-Ort-Validierungen von der IHK München geschlossen.

- (6) Das Recht der IHK München zur Inanspruchnahme der Amtshilfe im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt.

§ 5 Finanzierung, Gebühren

- (1) ¹Die in Zusammenhang mit der Aufgabenwahrnehmung entstehenden Kosten der Validierung trägt die IHK München. ²Sie erhebt zur Deckung dieser Kosten entsprechende Gebühren und Auslagen unmittelbar gegenüber den Gebührenschuldern auf der Grundlage der eigenen Gebührenordnung. Diese Gebühren verbleiben bei der IHK München ebenso wie vereinnahmte Gelder aus Maßnahmen des Verwaltungszwangs.
- (2) Eine Änderung der Gebührentatbestände der IHK München erfolgt nach informeller Anhörung (mündlich, in Schrift- oder Textform) der abgebenden IHKs.

§ 6 Haftung

- (1) Die IHK München erledigt die Aufgaben der abgebenden IHKs mit größtmöglicher Sorgfalt und nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage der ihr von den Antragstellenden und gegebenenfalls der abgebenden IHKs zur Verfügung gestellten Unterlagen, Daten und sonstigen Informationen.
- (2) ¹Die Haftung wegen Fahrlässigkeit wird ausgeschlossen. ²Dies gilt nicht bei der Verletzung von Gesundheit, Körper und Leben. ³Dies gilt nicht bei einer Verletzung vertragswesentlicher Hauptpflichten (Kardinalpflichten). ⁴Die Haftung wird auf den typischerweise entstehenden Schaden begrenzt.

§ 7 Datenschutz

- (1) ¹Soweit die abgebenden IHKs mit diesem Vertrag Aufgaben auf die IHK München übertragen, handelt es sich um eine Aufgabenwahrnehmung im Sinne von §§ 71 Absatz 9 Satz 1, 75b BBiG, die der Rechtsgrundlage von §§ 10 Absatz 1, 11 Absatz 2 Nummer 4 IHKG als Spezialregelungen vorgehen. ²Die Vertragsparteien verarbeiten personenbezogene Daten auf der Grundlage und unter Beachtung der jeweils geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

- (2) Soweit die IHK München mit Annahme des Vertrages diese Aufgabe wahrnimmt, ist sie insoweit datenschutzrechtlich Verantwortliche gemäß Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) für alle Validierungsverfahren, die im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung durchgeführt werden.

§ 8 Dauer und Kündigung des Vertrages

- (1) ¹Dieser Vertrag gilt unbefristet und kann unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr jeweils zum Halbjahresende gegenüber der IHK München oder von der IHK München gegenüber der jeweiligen abgebenden IHK gekündigt werden. ²Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt. ³Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- (2) Die Kündigung des Vertrages durch eine abgebende IHK berührt das Verhältnis zwischen der IHK München und den verbleibenden anderen abgebenden IHKs nicht.
- (3) Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses tritt die originäre Zuständigkeit wieder in Kraft.
- (4) Die Validierungsdokumente verbleiben bei der IHK München und werden auf Anforderung der jeweiligen abgebenden IHK von der IHK München übermittelt.
- (5) Begonnene Validierungen bleiben von der Kündigung unberührt und werden von der IHK München vollständig abgewickelt.

§ 9 Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen

¹Sollten nach Vertragsschluss wesentliche Änderungen in den §§ 50b ff. BBiG oder in der auf Grundlage des § 50e BBiG erlassenen Verordnung eintreten oder andere Umstände zu einer Undurchführbarkeit des Vertrags führen, verpflichten sich die Vertragsparteien, den Vertrag innerhalb von drei Monaten an die geänderte Rechtslage anzupassen. ²Sollten die Änderungen eine vertragsgemäße Durchführung unmöglich machen oder eine Anpassung nicht zumutbar sein, steht jeder Vertragspartei ein Sonderkündigungsrecht mit einer Frist von drei weiteren Monaten zum Monatsende zu.

§ 10 Mediationsklausel

Die Parteien verpflichten sich, im Falle einer sich aus diesem Vertrag ergebenden oder sich darauf beziehenden Streitigkeit vor Klageerhebung bei einem ordentlichen Gericht (oder Schiedsgericht) eine Mediation nach den Bestimmungen des IHK-MediationsZentrums der IHK München durchzuführen.

§ 11 Schriftform

¹Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. ²Änderungen des Schriftformerfordernisses bedürfen ebenfalls der Schriftform. ³Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag wurden nicht getroffen.

§ 12 Salvatorische Klausel

¹Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Regelungen hiervon unberührt. ²Die Parteien verpflichten sich, eine Regelung zu vereinbaren, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt. ³Dies gilt auch im Falle einer Regelungslücke. ⁴Es gelten hilfsweise die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). ⁵Die Parteien erklären ferner vorsorglich, dass der vorliegende Vertrag auch auf die Rechtsgrundlage des §§ 10 Absatz 1, 11 Absatz 2 Nummer 4 IHKG gestützt wird.

§ 13 Einbindung des jeweiligen Berufsbildungsausschusses, Genehmigung

- (1) ¹Die Parteien sorgen für eine Einbindung des Berufsbildungsausschusses der jeweiligen zuständigen Stelle im Rahmen von § 79 Absatz 1 BBiG. ²Gleiches gilt bei wesentlichen Änderungen des bestehenden Verfahrens.
- (2) ¹Der Vertrag bedarf gemäß §§ 71 Absatz 9 Satz 2, 75b BBiG ferner der Genehmigung durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) im Benehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS). ²Die Parteien verständigen sich darauf, dass eine Genehmigung auch beim Beschluss der jeweiligen IHK herbeigeführt werden soll. ³Dieser Vertrag sowie der entsprechende Beschluss nach Satz 1 sind von den Vertragspartnern nach Genehmigung auszufertigen und entsprechend den Vorgaben der jeweiligen IHK zu veröffentlichen.

§ 14 Inkrafttreten

Dieser Vertrag tritt vorbehaltlich der Genehmigung durch das StMWi im Benehmen mit dem StMAS zum 1. Januar 2025 in Kraft.

Aschaffenburg, 4. Dezember 2024

gez. Dr. Heike Wenzel

gez. Dr. Andreas Freundt

Bayreuth, 25. November 2024

gez. Dr. Michael Waasner

gez. Wolfram Brehm

Coburg, 12. Dezember 2024

gez. Dr. Andreas Engel

gez. Siegmar Schnabel

Nürnberg, 17. Dezember 2024

gez. Dr. Armin Zitzmann

gez. Markus Löttsch

Passau, 25. November 2024

gez. Thomas Leebmann

gez. Alexander Schreiner

Regensburg, 3. Dezember 2024

gez. i. V. Thomas Hanauer

gez. Dr. Jürgen Helmes

Augsburg, 4. Dezember 2024

gez. Reinhold Braun

gez. Dr. Marc Lucassen

Würzburg, 4. Dezember 2024

gez. Caroline Trips

gez. Dr. Sascha Genders

München, 4. Dezember 2024

gez. Professor Klaus Josef Lutz

gez. Dr. Manfred Gößl

Bekannt gemacht am 20.12.2024